

706840-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – TNW_Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz - Neubau Bildungszentrum Landshut - Projektsteuerung
OJ S 224/2023 21/11/2023
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz

E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: TNW_Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz - Neubau Bildungszentrum Landshut - Projektsteuerung

Beschreibung: Die Handwerkskammer will in die handwerkliche Bildung in Landshut investieren und beabsichtigt große Teile des Bildungszentrums Landshut neu zu errichten. . Der Bildungsbetrieb ist während der Bauphase aufrechtzuerhalten, weshalb die Bestandsgebäude Gebäude A und B vorweg nicht abgebrochen werden können. Das Projekt soll in 2 Bauabschnitten errichtet werden und der Bildungsbetrieb wird in den Bestandsgebäuden mit möglichst wenig Ausfällen und Störungen weitergeführt werden. Im Nachgang sind die Gebäude abzubrechen., was ebenfalls vom Projektsteuerer zu begleiten ist. . Die Gebäude D (Werkstätten für die Landmaschinenmechaniker) und Gebäude E (Werkstätten für die Bauberufe) sind Bestandsgebäude und nicht Inhalt der Baumaßnahme. Diese Gebäude bleiben unangetastet. . Die Grundstücksgröße für die Flurnummern 1262/4, 1262/5 und 1262/6 beträgt ca. 20.000 qm, die Bruttogeschossfläche beträgt ca. 9.800 m², der Bruttorauminhalt ca. 44.000 m³ und die Nutzfläche beträgt ca. 5.450 m². Die Entwurfsplanung wird voraussichtlich bis zur Auftragserteilung abgeschlossen sein und der Z-Bauantrag wird bis dahin ebenfalls voraussichtlich bereits gestellt sein. Planungsunterlagen können derzeit jedoch noch nicht zur Verfügung gestellt werden, da noch keine Freigabe der Zuwendungsgeber vorliegt. . In den neuen Gebäuden sollen Werkstätten für Kraftfahrzeug-, Elektro-, Metall-, Schweiß- und Orthopädietechnik untergebracht werden. Zudem beinhaltet das Raumprogramm Lehrsäle, eine Kantine mit Küche und Räumlichkeiten für die Verwaltung. Das genehmigte Raumprogramm liegt bei. Mit den Ausschreibungen soll im Sommer 2024 begonnen werden. Der geplante Baubeginn für den ersten Bauabschnitt ist März 2025, die Inbetriebnahme dieses Bauabschnitts soll im September 2026 erfolgen, danach der Bestand Haus A abgebrochen werden. Mit dem 2. Bauabschnitt soll im Dezember 2026 begonnen werden, die Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts ist für Mai 2028 vorgesehen. Im Anschluss hieran findet der Abbruch des Bestandsgebäudes Haus B statt und die Freianlagenerstellung. . Die beteiligten (Fach-)Planer sind dem Vertragsentwurf zu entnehmen. . Die vorhandene Entwurfsplanung ist gemäß Zuwendungsbescheiden

umzusetzen. Die Handwerkskammer hat für die Handwerkswirtschaft einen Bildungsauftrag zu erfüllen und ist ein wichtiger Teil des Bildungscampus der Stadt Landshut. Auch sind die ökologischen und ökonomischen Aspekte umfassend zu berücksichtigen. Besonderer Wert ist auf Nachhaltigkeit zu legen, wobei auch die Folgekosten im Blick behalten werden müssen. Auch die Bewirtschaftungs- sowie Betriebskosten müssen beachtet werden. . Die Baumaßnahme wird zu großen Teilen finanziert mit Mitteln des Bundes und des Freistaat Bayern sowie eventuell Fördermitteln der EU (EFRE). Die Anforderungen für öffentlicher Auftraggeber sind bei der Projektabwicklung zu beachten. Das Projekt wurde vom BMWK als Pilotprojekt für zukunftsfähige Energiekonzepte für überbetriebliche Bildungsstätten ausgewählt. In dem Zusammenhang soll die Energieeffizienz und Nachhaltigkeit sowohl bei der Errichtung als auch im Betrieb betrachtet werden. . Die Gesamtkosten der Maßnahme liegen bei grob 66 Mio. EUR brutto (KG 200-700) zum Zeitpunkt der Kostenschätzung. Eine Mehrkostenfinanzierung findet nicht statt, sodass die im Rahmen der Kostenberechnung festgelegten Kosten zwingend einzuhalten sind. . Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens sollen die Projektsteuerungsleistungen der Leistungsstufen 3 bis 5 (Ausführungsvorbereitung, Objektüberwachung sowie Projektabschluss) des Leistungsbildes Projektsteuerung gemäß Projektsteuerungsvertrag HAV-KOM, konkretisiert durch die zusätzlichen Vertragsbestimmungen (ZVB-PS) zum Projektsteuerungsvertrag vergeben werden. Zu berücksichtigen ist hierbei auch die Einarbeitung in das Projekt. Die Leistungen bezüglich der zuwendungsrechtlichen Belange (RZ-Bau, VHB Bayern, Zuarbeit Baubuchführung, Mittelabruf, Zuarbeit Budgetplanung usw.) sowie die Verwendungsnachweisführung/-prüfung sind mit den Grundleistungen nach dem Leistungsbild der ZVB-PS abgedeckt. Ebenfalls Inhalt dieser Leistung ist die Mitwirkung bei der Prüfung des Verwendungsnachweises bis zum Schlussbescheid. Auch für diese Leistungen steht der Projektsteuerer im Rahmen seiner Beauftragung zur Verfügung.

Kennung des Verfahrens: ef8a5fc1-291b-48e1-a234-9edb7de09b47

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bildungszentrum Landshut Am Lurzenhof 10b

Stadt: Landshut

Postleitzahl: 84036

Land, Gliederung (NUTS): Landshut, Kreisfreie Stadt (DE221)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YHYHDN9 Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Einzelbewerber oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer ARGE sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbungsgemeinschaften im weiteren Verfahren. . Bewerbungen sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten

Bewerbungsunterlagen zulässig. Teilnahmeanträge, für die nicht die zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen/-formulare verwendet werden, werden ausgeschlossen. . Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die Vergabeplattform zu stellen. . DIE BIETERKOMMUNIKATION ERFOLGT AUSSCHLIESSLICH ÜBER DAS DEUTSCHE VERGABEPORTAL (DTVP), UM SICHERZUSTELLEN, DASS BIETER UND VERGABESTELLE ÜBER VERSANDTE NACHRICHTEN AUCH EINE E-MAIL-BENACHRICHTIGUNG ERHALTEN. . Das Formular "Teilnahmeantrag und Bewerbungsunterlagen" ist zwingend einzureichen, fehlt dieses ist die Bewerbung ganz auszuschließen. . Die Bewerbung selbst muss elektronisch über die Vergabeplattform über das herunterzuladende Bietertool unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" (NICHT als Nachricht oder per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw. die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt werden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern; die Bewerber haben keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht. Eine unvollständige Einreichung führt, wenn die Vergabestelle von der Nachforderungsmöglichkeit nicht Gebrauch macht, oder eine Nachforderung fruchtlos geblieben ist, zum Ausschluss aus dem Verfahren. Broschüren und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Büros sind ausdrücklich nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt. . Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine Registrierung auf der Vergabeplattform empfohlen. Sollten Fragen zu den Bewerbungsunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber eine Mitteilung hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung ist der Bewerber selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder Antworten gibt. . Fragen sind so rechtzeitig zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Aufgrund der Urlaubszeit zwischen 24.12. und 06.01. sind Fragen bis spätestens 19.12.2023 zu stellen. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung). . Die angegebene Frist zum Versand der Aufforderungen zur Angebotsabgabe ist nicht bindend. Die Aufforderung zur Angebotsabgabe erfolgt, sobald die Auswertung des Teilnahmewettbewerbs abgeschlossen ist. . Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid als Ultima Ratio getroffen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: TNW_Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz - Neubau Bildungszentrum Landshut - Projektsteuerung

Beschreibung: Die Handwerkskammer will in die handwerkliche Bildung in Landshut investieren und beabsichtigt große Teile des Bildungszentrums Landshut neu zu errichten. . Der Bildungsbetrieb ist während der Bauphase aufrechtzuerhalten, weshalb die Bestandsgebäude Gebäude A und B vorweg nicht abgebrochen werden können. Das Projekt soll in 2 Bauabschnitten errichtet werden und der Bildungsbetrieb wird in den Bestandsgebäuden mit möglichst wenig Ausfällen und Störungen weitergeführt werden. Im

Nachgang sind die Gebäude abzubrechen., was ebenfalls vom Projektsteuerer zu begleiten ist. . Die Gebäude D (Werkstätten für die Landmaschinenmechaniker) und Gebäude E (Werkstätten für die Bauberufe) sind Bestandsgebäude und nicht Inhalt der Baumaßnahme. Diese Gebäude bleiben unangetastet. . Die Grundstücksgröße für die Flurnummern 1262/4, 1262/5 und 1262/6 beträgt ca. 20.000 qm, die Bruttogeschossfläche beträgt ca. 9.800 m², der Bruttorauminhalt ca. 44.000 m³ und die Nutzfläche beträgt ca. 5.450 m². Die Entwurfsplanung wird voraussichtlich bis zur Auftragserteilung abgeschlossen sein und der Z-Bauantrag wird bis dahin ebenfalls voraussichtlich bereits gestellt sein. Planungsunterlagen können derzeit jedoch noch nicht zur Verfügung gestellt werden, da noch keine Freigabe der Zuwendungsgeber vorliegt. . In den neuen Gebäuden sollen Werkstätten für Kraftfahrzeug-, Elektro-, Metall-, Schweiß- und Orthopädietechnik untergebracht werden. Zudem beinhaltet das Raumprogramm Lehrsäle, eine Kantine mit Küche und Räumlichkeiten für die Verwaltung. Das genehmigte Raumprogramm liegt bei. Mit den Ausschreibungen soll im Sommer 2024 begonnen werden. Der geplante Baubeginn für den ersten Bauabschnitt ist März 2025, die Inbetriebnahme dieses Bauabschnitts soll im September 2026 erfolgen, danach der Bestand Haus A abgebrochen werden. Mit dem 2. Bauabschnitt soll im Dezember 2026 begonnen werden, die Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts ist für Mai 2028 vorgesehen. Im Anschluss hieran findet der Abbruch des Bestandsgebäudes Haus B statt und die Freianlagenerstellung. . Die beteiligten (Fach-)Planer sind dem Vertragsentwurf zu entnehmen. . Die vorhandene Entwurfsplanung ist gemäß Zuwendungsbescheiden umzusetzen. Die Handwerkskammer hat für die Handwerkswirtschaft einen Bildungsauftrag zu erfüllen und ist ein wichtiger Teil des Bildungscampus der Stadt Landshut. Auch sind die ökologischen und ökonomischen Aspekte umfassend zu berücksichtigen. Besonderer Wert ist auf Nachhaltigkeit zu legen, wobei auch die Folgekosten im Blick behalten werden müssen. Auch die Bewirtschaftungs- sowie Betriebskosten müssen beachtet werden. . Die Baumaßnahme wird zu großen Teilen finanziert mit Mitteln des Bundes und des Freistaat Bayern sowie eventuell Fördermitteln der EU (EFRE). Die Anforderungen für öffentlicher Auftraggeber sind bei der Projektabwicklung zu beachten. Das Projekt wurde vom BMWK als Pilotprojekt für zukunftsfähige Energiekonzepte für überbetriebliche Bildungsstätten ausgewählt. In dem Zusammenhang soll die Energieeffizienz und Nachhaltigkeit sowohl bei der Errichtung als auch im Betrieb betrachtet werden. . Die Gesamtkosten der Maßnahme liegen bei grob 66 Mio. EUR brutto (KG 200-700) zum Zeitpunkt der Kostenschätzung. Eine Mehrkostenfinanzierung findet nicht statt, sodass die im Rahmen der Kostenberechnung festgelegten Kosten zwingend einzuhalten sind. . Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens sollen die Projektsteuerungsleistungen der Leistungsstufen 3 bis 5 (Ausführungsvorbereitung, Objektüberwachung sowie Projektabschluss) des Leistungsbildes Projektsteuerung gemäß Projektsteuerungsvertrag HAV-KOM, konkretisiert durch die zusätzlichen Vertragsbestimmungen (ZVB-PS) zum Projektsteuerungsvertrag vergeben werden. Zu berücksichtigen ist hierbei auch die Einarbeitung in das Projekt. Die Leistungen bezüglich der zuwendungsrechtlichen Belange (RZ-Bau, VHB Bayern, Zuarbeit Baubuchführung, Mittelabruf, Zuarbeit Budgetplanung usw.) sowie die Verwendungsnachweisführung/-prüfung sind mit den Grundleistungen nach dem Leistungsbild der ZVB-PS abgedeckt. Ebenfalls Inhalt dieser Leistung ist die Mitwirkung bei der Prüfung des Verwendungsnachweises bis zum Schlussbescheid. Auch für diese Leistungen steht der Projektsteuerer im Rahmen seiner Beauftragung zur Verfügung.

Interne Kennung: #1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bildungszentrum Landshut Am Lurzenhof 10b

Stadt: Landshut

Postleitzahl: 84036

Land, Gliederung (NUTS): Landshut, Kreisfreie Stadt (DE221)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Frühjahr 2025: Baubeginn

September 2026: Bauabschnitt I Inbetriebnahme Mai 2028: Bauabschnitt II Inbetriebnahme .

Vorgesehener Termin für die Fertigstellung der Gesamtbaumaßnahme ist Mitte 2029. Laufzeit

Projektsteuerer: bis Erteilung der Schlussbescheide . Mit den Vergabeunterlagen werden den

Bewerbern nachfolgende Unterlagen zur Verfügung gestellt: - genehmigtes Raumprogramm

Neubau - vorläufige Kostenschätzung gemäß aktuellem Stand des Vorentwurfs -

Rahmenterminplan . Die Zuschlagskriterien werden ausschließlich in den Vergabeunterlagen aufgeführt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: - Nachweis Berechtigung zur Führung einer

Berufsbezeichnung Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der

Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist durch Vorlage der

Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder Diplomurkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH

/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder

verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende

Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union

oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen,

erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet

der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen

Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer

Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU)

zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre

Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend. Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Umsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungskriterium: Eigenerklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre bei Projektsteuerungsleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzeln anzugeben. Nachweis auf Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen. Auswahlkriterium: Umsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre bei Projektsteuerungsleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft 50 Punkte: ab 1.000.000 EUR Umsatz / Jahr 40 Punkte: ab 800.000 EUR Umsatz / Jahr 30 Punkte: ab 600.000 EUR Umsatz / Jahr 20 Punkte: ab 400.000 EUR Umsatz / Jahr 10 Punkte: ab 200.000 EUR Umsatz / Jahr

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 50,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Bürokapazität / Personalstärke

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungskriterium: Eigenerklärungen über das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten (Projektsteuerer/-innen, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung). Auswahlkriterium: Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre 50 Punkte: ab 5 Projektsteuerer/-innen (in Vollzeit) 30 Punkte: ab 4 Projektsteuerer/-innen (in Vollzeit) 10 Punkte: ab 3 Projektsteuerer/-innen (in Vollzeit)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 50,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignungskriterium: Eigenerklärungen über Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen

/Projektdatenblätter" zu machen): Es sind geeignete Referenzen über vom Bewerber erbrachte Dienstleistungen aufzulisten. Referenzprojekte finden nur insoweit

Berücksichtigung, als die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) zwischen

01.01.2015 und dem Ablauf der unter 5.1.12 genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. (Hinweis:

Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme)

maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen) Es werden gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1

VgV nur die geforderten Angaben berücksichtigt: - Auftraggeber - Art der Aufgabenstellung -

Art der Durchführung - Erfahrung mit Fördermitteln - Leistungsumfang: erbrachte Leistungen

in den Leistungsstufen 3-5 nach HAV-KOM oder AHO im Leistungsbild Projektsteuerung -

Größenordnung des Projekts: Projektkosten (KG 200-700) netto . Mindestkriterium: In jedem

Kriterium muss mindestens jeweils einmal die Höchstpunktzahl erreicht worden sein (nicht

zwingend in einer Referenz und auch in Referenzen möglich, die letztendlich nicht zu den

besten drei Referenzen gehören) . Auswahlkriterium: Referenzprojekte können eingereicht

werden (und werden gewertet), sofern die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) im

Zeitraum 01.01.2015 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist

erfolgt ist. [HINWEIS: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur

Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit

/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen]. . Die drei besten

Referenzen werden gewertet. Die Referenzen werden jeweils anhand nachstehender Kriterien

bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Pro Referenz

können somit maximal 100 Punkte erreicht werden. (Entscheidend ist jeweils die höchste

erreichbare Punktzahl je Kriterium.) . Kriterium 1: Art der Aufgabenstellung - 20 Punkte:

Bildungsgebäude mit Praxisanteil (Werkstätten, Werkräume o.ä.) - 15 Punkte:

Bildungsgebäude ohne Praxisanteil - 10 Punkte: sonstiges Gebäude aus dem Bereich

Ausbildung/Wissenschaft/Forschung - 5 Punkte: sonstiges öffentliches Gebäude . Kriterium 2:

Art der Durchführung - 10 Punkte: Neubau/Erweiterungsbau - 5 Punkte: Sanierung/Umbau .

Kriterium 3: Erfahrung mit Fördermitteln - 30 Punkte: Erfahrung mit Fördermitteln aus

öffentlicher Hand vorhanden - 10 Punkte: Erfahrung mit sonstigen Fördermitteln vorhanden - 0

Punkte: Keine Erfahrung vorhanden . Kriterium 4: Leistungsumfang - 20 Punkte:

Leistungsstufen 3 - 5 nach HAV-KOM oder AHO vollständig erbracht - 10 Punkte:

Leistungsstufen 3 - 5 nach HAV-KOM oder AHO erbracht, aber nur jeweils anteilige

Leistungen - 5 Punkte: aus Leistungsstufen 3 - 5 nach HAV-KOM oder AHO nur einzelne

Leistungen erbracht (Angabe in Textform, welche Leistungen erbracht wurden) . Kriterium 5:

Größenordnung - 20 Punkte: Projektkosten (KG 200-700 netto) über 40 Mio. EUR - 10 Punkte:

Projektkosten (KG 200-700 netto) zwischen 15 und 40 Mio. EUR - 0 Punkte: Projektkosten

(KG 200-700 netto) unter 15 Mio. EUR

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 300,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHYHDN9/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHYHDN9>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHYHDN9>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 10/01/2024 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der öffentliche Auftraggeber kann gemäß § 56 Abs. 2 S. 1 VgV den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder - gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder - gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. . Der Bewerber hat anzugeben, inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung-Russland" auszufüllen und als Teil des Teilnahmeantrages abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit: . 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; . 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; . 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; . 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz

Beschaffungsdienstleister: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen**8.1. ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz

Registrierungsnummer: DE 811 697 604

Postanschrift: Ditthornstraße 10

Stadt: Regensburg

Postleitzahl: 93055

Land, Gliederung (NUTS): Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB

E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de

Telefon: +49 94129734-10

Fax: +49 94129734-11

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB

Registrierungsnummer: DE 188865506

Postanschrift: Hoppestraße 7

Stadt: Regensburg

Postleitzahl: 93049

Land, Gliederung (NUTS): Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabeabteilung

E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de

Telefon: +49 94129734-10

Fax: +49 94129734-11

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Registrierungsnummer: DE 811335517

Postanschrift: Promenade 27

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 98153-1277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8129e43c-f310-4969-b683-90ae9335ac8d - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/11/2023 08:15:40 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 706840-2023

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 224/2023

Datum der Veröffentlichung: 21/11/2023